

Schuldrecht Allgemeiner Teil: Schuldrecht AT

Looschelders

22., neu bearbeitete Auflage 2024
ISBN 978-3-8006-7370-4
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schuldrecht

Allgemeiner Teil

von

Dr. Dirk Looschelders

Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

22., neu bearbeitete Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Looschelders SchuldR AT § 1 Rn. 1


vahlen.de **beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 8006 7370 4

ISBN E-Book 978 3 8006 7371 1

© 2024 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 22. Auflage

Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand von Juli 2024. Sie berücksichtigt die Auswirkungen des am 1.1.2024 in Kraft getretenen Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) auf das allgemeine Schuldrecht. Im Übrigen stand die Einarbeitung der aktuellen Rechtsprechung und Literatur im Vordergrund. Außerdem wurde das gesamte Werk erneut gründlich durchgesehen und überarbeitet.

Den Schwerpunkt der Darstellung bilden die Pflichten der Parteien eines Schuldverhältnisses und die Folgen von Pflichtverletzungen und sonstigen Störungen im Schuldverhältnis. Das wichtigste Ziel des Werkes besteht darin, den Studierenden die Systematik des Leistungsstörungsrechts klar und prägnant zu vermitteln. In Anbetracht der wachsenden Fülle des Stoffes bietet ein systematischer Ansatz die beste Grundlage, um sich in der Klausur oder Hausarbeit auch mit komplizierten Einzelfragen und unbekanntenen Problemen auseinanderzusetzen. Zahlreiche Beispiele mit kurzen Lösungshinweisen verdeutlichen, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können.

Die Besonderheiten bei Verbraucherverträgen gewinnen immer größere Bedeutung und werden daher im siebten Teil des Werkes ausführlich dargestellt. In diesem Rahmen werden auch die neuen Regelungen zu Verträgen über digitale Produkte (§§ 327ff.) behandelt.

Den Lesern der Voraufgabe habe ich wieder für zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen zu danken. Zuschriften erreichen mich am besten unter der E-Mail-Adresse LS.Looschelders@hhu.de. Großer Dank gebührt schließlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz wieder die pünktliche Fertigstellung der Neuauflage ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Juli 2024

Dirk Looschelders

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (SchuldRModG) vom 26.11.2001 (BGBl. 2001 I 3138) hat die Struktur des deutschen Schuldrechts grundlegend verändert. Das rasche Inkrafttreten des Gesetzes, dessen endgültige Fassung erst Ende September 2001 feststand, hat nicht nur die Praxis, sondern auch die Lehre vor große Herausforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie sich das neue Recht didaktisch am besten vermitteln lässt.

Das vorliegende Werk beruht auf der Vorlesung zum Allgemeinen Schuldrecht, die ich im Wintersemester 2001/2002 an der Universität Düsseldorf gehalten habe. Da es sich (auch) an Studierende richtet, die nicht mit dem alten Recht vertraut sind, wurde auf eingehende Vergleiche bewusst verzichtet. Die frühere Rechtslage wird vielmehr nur insoweit behandelt, wie dies für das Verständnis des neuen Rechts unbedingt notwendig ist.

Das Buch enthält zahlreiche Beispiele, die überwiegend der Rechtsprechung entnommen worden sind. Dem Leser soll damit verdeutlicht werden, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können. Die einschlägigen Entscheidungen sind zwar auf der Grundlage des alten Rechts ergangen. Die Lösungshinweise entsprechen aber selbstverständlich der aktuellen Rechtslage. Im Anhang finden sich außerdem sechs ausführlichere Fälle mit Lösungen. Hier soll vor allem gezeigt werden, dass der Aufbau von Klausuren zum neuen Leistungsstörungenrecht auf ein einheitliches Grundschema zurückgeführt werden kann.

Aufgrund der wachsenden Internationalisierung des Privatrechtsverkehrs wird der deutsche Jurist sich in Zukunft immer stärker mit ausländischem Recht beschäftigen müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die anderen EU-Staaten. Um dem Leser einen Eindruck von den damit verbundenen Anforderungen zu vermitteln, wurden an verschiedenen Stellen Hinweise zur Rechtsvergleichung aufgenommen. Diese Hinweise sollen zugleich die „Relativität“ mancher Problemlösung verdeutlichen, die uns auf der Grundlage des deutschen Rechts nachgerade selbstverständlich erscheint.

Bei der Konzeption und Abfassung des Werkes haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Weise unterstützt. Mein besonderer Dank gilt meinen Assistentinnen und Assistenten Frau Assessorin Gabriele Kirchhoff, Frau Assessorin Ioana Kraft, Frau Referendarin Christina Paffenholz und Herrn Assessor Thomas B. Schäfer. Großer Dank gebührt aber auch den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften Frau Assessorin Meike Mues, Frau Referendarin Elke Benzenberg, Herrn Referendar Tobias Heilmann, Frau stud. iur. Christina Bruns und Frau stud. iur. Astrid Götz. Ganz besonders danken möchte ich schließlich meiner Sekretärin Frau Gabriele Krüger, die das Manuskript in allen Phasen seiner Entstehung umsichtig und zuverlässig betreut hat.

Düsseldorf, im September 2002

Dirk Looschelders

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 22. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	56
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	62
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	68
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	78
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
§ 18 Die Aufrechnung	149
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	218
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	253
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	259
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	261
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	264
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	267
§ 32 Allgemeines	267
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	272

§ 34 Schutzpflichtverletzung	279
§ 35 Unmöglichkeit	280
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	289
§ 36 Gläubigerverzug	289
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	296
§ 38 Vertragsstrafe	307
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	315
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	315
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	321
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	335
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	335
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	354
8. Teil. Schadensrecht	385
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	385
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	388
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	391
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	409
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	416
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	424
§ 49 Grenzfälle	430
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	443
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	457
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	457
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	468
§ 53 Der Austausch des Schuldners	491
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	498
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	513
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	513
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	518
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	520
D. Rücktritt	522
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	525
Paragrafenregister	529
Sachverzeichnis	539
Entscheidungsregister	551

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 22. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	10
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	12
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	13
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	14
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
I. Das Zweite Buch des BGB	15
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	15
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	16
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	16
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMoDG	18
V. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	18
VI. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	19
1. EU-Richtlinien als Grundlagen des deutschen Schuldrechts	19
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	20
3. Die Grundrechte-Charta der EU	21
4. Weitere Entwicklungen	21
a) Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	21
b) Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	21
c) Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	23
1. UN-Kaufrecht	23
2. UNIDROIT Principles	23
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	24

II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	25
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	26
1. Allgemeines	26
2. Fallgruppen	26
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	26
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	27
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	27
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
I. Funktion und Bedeutung des § 242	29
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	31
1. Anwendungsbereich des § 242	31
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	32
a) Treu und Glauben	32
b) Verkehrssitte	33
III. Abgrenzungen	33
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	33
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	34
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	34
IV. Fallgruppen des § 242	34
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	35
2. Schrankenfunktion	35
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	36
b) Unverhältnismäßigkeit	36
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	37
d) Unredlicher Rechtservorb und Zugangsvereitelung	37
e) Widersprüchliches Verhalten	38
f) Verwirkung	39
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	39
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
I. Allgemeines	41
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	42
1. Abgrenzung	42
2. Rechtspflichten und Haftung im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	43
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	43
b) Schutzpflichten	43
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	44
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	46
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	46
2. Voraussetzungen	47
3. Rechtsfolgen	48
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	48
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	49
IV. Die Draufgabe	50
1. Funktion	50
2. Abgrenzungen	50
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	51
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	52
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	52
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	53
a) Grundlagen	53
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	53
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	54
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	55
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	56
I. Allgemeines	56
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	56

1. Schutzzweck	56
2. Anwendungsbereich des § 311 b I	57
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	58
4. Divergenzfälle	59
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	59
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	59
5. Heilung des Formmangels	60
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	60
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	61
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	62
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	62
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	62
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	63
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	63
2. Vertragsanbahnung	63
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	64
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	64
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	64
2. Schutz des Vermögens	65
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	65
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	66
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	68
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	68
1. Problemstellung	68
2. Dogmatische Einordnung	69
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	70
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	70
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	71
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	72
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	72
4. Rechtsfolgen	73
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	74
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	75
2. Fallgruppen	75
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	75
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	76
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	77
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	78
I. Allgemeines	78
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	78
1. Besonderes Schuldrecht	78
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	78
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	79
c) Unerlaubte Handlungen	79
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	80
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
I. Parteivereinbarung	81
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	81
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	81
a) Generelle Grenzen	81
b) Verträge über das künftige Vermögen	82
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	82
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	83
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	83
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	84
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	84
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	85

c) Bestimmung der Gegenleistung	85
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	85
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	86
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	86
b) Anfechtung der Bestimmung	87
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	87
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	87
III. Dispositives Recht	88
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
I. Art und Weise der Leistung	88
1. Teilleistung	88
a) Die Regelung des § 266	89
b) Rechtsfolgen	89
2. Leistung durch Dritte	89
a) Persönliche Leistungspflicht	89
b) Voraussetzungen des § 267	90
c) Rechtsfolgen	91
3. Ablösungsrecht des Dritten	91
II. Leistungsort	92
1. Begriff und Bedeutung	92
2. Arten der Schuld	93
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	93
4. Sonderregelung für Geldschulden	94
III. Leistungszeit	95
1. Begriffe	95
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	96
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	97
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
I. Überblick	98
II. Die Gattungsschuld	99
1. Allgemeines	99
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	100
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	100
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	100
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	101
4. Konkretisierung	101
a) Voraussetzungen	101
b) Rechtsfolgen	102
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	104
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	104
1. Wahlschuld	104
a) Praktische Bedeutung	104
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	105
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	105
d) Unmöglichkeit	106
2. Ersetzungsbefugnis	106
a) Allgemeines	106
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	107
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	107
3. Elektive Konkurrenz	108
IV. Geldschuld	108
1. Allgemeines	108
2. Erfüllung von Geldschulden	109
3. Besondere Arten der Geldschuld	110
a) Fremdwährungsschuld	110
b) Geldsortenschuld	110
4. Zinsen	111
a) Begriff	111
b) Entstehungsgründe	111

c) Höhe des Zinssatzes	112
d) Verbot des Zinseszinses	112
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
I. Aufwendungsersatz	113
1. Der Begriff der Aufwendung	113
2. Allgemeine Regeln	115
II. Wegnahmerecht	116
III. Auskunft- und Rechenschaftspflicht	117
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	117
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	117
a) Pflicht zur Rechenschaft	117
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	118
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	118
1. Grundlagen	118
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	119
a) Gegenseitige Ansprüche	119
b) Konnexität der Ansprüche	119
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	119
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	120
3. Sonderfälle	121
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	121
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	121
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	122
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	122
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	123
1. Grundgedanken	123
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	124
3. Rechtsfolgen	125
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	125
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
I. Einführung	126
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	127
III. Begriffsbestimmung	128
IV. Einbeziehungskontrolle	129
1. Allgemeine Grundsätze	129
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	129
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	130
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305 c)	130
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	131
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	132
1. Überblick	132
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	133
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	133
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	133
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	133
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	134
4. Rechtsfolgen	135
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
I. Begriff	137
II. Person des Leistenden	137
III. Empfänger der Leistung	137
IV. Wirkung der Erfüllung	139
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	139
2. Beweislastumkehr	139
3. Quittung und Schuldschein	139
4. Tilgungsreihenfolge	140

a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	140
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	140
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	141
V. Rechtsnatur der Erfüllung	141
1. Streitstand	142
2. Stellungnahme	143
VI. Leistung an Erfüllungs statt	144
1. Rechtsnatur	144
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	145
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	146
4. Gewährleistung	148
§ 18 Die Aufrechnung	149
I. Allgemeines	149
II. Voraussetzungen	149
1. Aufrechnungslage	149
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	150
b) Gleichartigkeit der Forderungen	150
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	151
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	151
2. Aufrechnungserklärung	151
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	152
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	152
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	153
III. Wirkung der Aufrechnung	154
IV. Mehrheit von Forderungen	154
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	155
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	155
a) Hinterlegungsgründe	155
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	156
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	156
3. Selbsthilfeverkauf	157
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	157
III. Novation und Confusion	158
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	161
II. Erscheinungsformen	161
1. Verletzung von Leistungspflichten	162
a) Nichtleistung	162
b) Schlechtleistung	162
2. Verletzung von Schutzpflichten	163
III. Das Leistungsstörungsrecht vor der Reform	163
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungsrechts	164
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	164
2. Die Grenzen des Konzepts	164
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	164
b) Das System der Schadensersatzansprüche	165
c) Das System der Rücktrittsrechte	166
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungsrecht als „Mischsystem“	166
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
I. Überblick	168
II. Echte Unmöglichkeit	168
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	168
a) Allgemeines	168
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	169
c) Zweckstörung	170

2. Rechtliche Unmöglichkeit	170
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	171
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	171
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	171
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	172
7. Zeitweilige Leistungshindernisse	172
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	174
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	174
1. Begriff	174
2. Konkretisierung des „groben Missverhältnisses“	176
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	178
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	178
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	179
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	181
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
I. Begriff der Pflichtverletzung	183
II. Verzögerung der Leistung	183
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	184
2. Nicht oder nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	185
III. Schlechtleistung	186
1. Allgemeines	186
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	186
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	186
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	187
c) Die Rechte des Käufers	188
d) Besonderheiten bei der Verjährung	189
IV. Schutzpflichtverletzung	189
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	190
2. Würdigung	190
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	192
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	193
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	195
1. Vertrag	195
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	197
III. Haftung ohne Verschulden	198
1. Übernahme einer Garantie	199
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	201
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	202
1. Allgemeines	202
a) Struktur des § 278	202
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	202
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	203
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	204
a) Schuldverhältnis	204
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	204
3. Rechtsfolgen	205

V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	206
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
I. Systematik	208
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	210
1. Schuldverhältnis	210
2. Pflichtverletzung	211
3. Vertretenmüssen	212
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	212
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	212
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	213
4. Schaden	213
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	214
1. Ausgangspunkt	214
2. Konkretisierungen	214
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	215
b) Zeitabhängige Betrachtung	215
c) Würdigung	216
3. Insbesondere: Kosten eines verfrühten Deckungskaufs	216
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	218
I. Anwendungsbereich	218
II. Fallgruppen	218
1. Verletzung von Schutzpflichten	218
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	218
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	219
2. Schlechtleistung	219
a) Allgemeines	219
b) Einzelfälle	220
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	222
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	223
III. Rechtsfolgen	224
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
I. Schuldnerverzug	224
II. Allgemeine Voraussetzungen	225
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	225
2. Mahnung	225
3. Vertretenmüssen	227
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	227
1. Leistungszeit nach dem Kalender	227
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	228
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	229
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	229
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	229
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	229
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	231
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	231
2. Weitere Rechtsfolgen	231
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	231
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	232
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	234
1. Allgemeines	234
2. Schuldverhältnis	235
3. Pflichtverletzung	235
a) Nichtleistung (Verzögerung)	235
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	235
c) Abgrenzungsprobleme	236
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	236
a) Inhalt der Fristsetzung	236

b) Zeitpunkt der Fristsetzung	237
c) Angemessenheit der Frist	238
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	239
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	239
b) Besondere Gründe	240
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	241
6. Abmahnung statt Fristsetzung	241
7. Vertretenmüssen	241
8. Schaden	242
9. Rechtsfolgen	243
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	243
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	244
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	244
d) Berechnung des kleinen Schadensersatzes statt der Leistung	246
e) Zuwenigleistung im Kaufrecht und Werkvertragsrecht	246
f) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	247
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	248
1. Allgemeines	248
2. Grundelemente der Haftung	248
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	249
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	250
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	250
1. Allgemeines	250
2. Grundelemente der Haftung	250
3. Funktion des § 283 S. 1	251
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	251
a) Teilweise Unmöglichkeit	251
b) Irreparable Schlechtleistung	252
c) Rückforderung des Geleisteten	252
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	253
I. Allgemeines	253
II. Voraussetzungen	253
1. Wirksamer Vertrag	253
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	255
3. Vertretenmüssen	256
4. Schaden	257
III. Rechtsfolgen	257
1. Schadensersatz statt der Leistung	257
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	258
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	258
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	259
I. Differenz- und Surrogationstheorie	259
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	260
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	260
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	261
I. Problemstellung	261
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	261
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	261
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	262
1. Allgemeine Voraussetzungen	262
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	263
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	263
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	264
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	264
I. Voraussetzungen	265
1. Schuldverhältnis	265
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	265
3. Erlangung eines Surrogats	266
4. Identität von geschuldetem und ersetztem Gegenstand	266

II. Rechtsfolgen	266
III. Konkurrenzen	267
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	267
§ 32 Allgemeines	267
I. Überblick	267
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	268
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	271
IV. Rücktritt und Schadensersatz	271
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	272
I. Anwendungsbereich	272
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	273
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	273
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	276
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	277
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	278
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	278
2. Annahmeverzug	278
VII. Rechtsfolgen	279
§ 34 Schutzpflichtverletzung	279
I. Voraussetzungen	279
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	280
§ 35 Unmöglichkeit	280
I. Anwendungsbereich	280
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	281
1. Grundsatz	281
2. Teilweise Unmöglichkeit	281
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	282
4. Abgrenzung	282
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	282
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	282
a) Allgemeines	282
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	283
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	284
2. Annahmeverzug	285
3. Rechtsfolgen	285
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	286
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	287
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	287
VI. Rücktritt	287
1. Irreparable Schlechtleistung	288
2. Teilweise Unmöglichkeit	288
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	288
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	289
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	289
§ 36 Gläubigerverzug	289
I. Allgemeines	289
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	290
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	290
2. Ordnungsgemäßes Angebot	290
a) Notwendigkeit des Angebots	290
b) Entbehrlichkeit des Angebots	291
3. Nichtannahme der Leistung	291
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	292
1. Fortbestand der Leistungspflicht	292
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	292
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	293
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	294
5. Sonstige Rechtsfolgen	295

§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	296
I. Einführung	296
II. Anwendungsbereich	296
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	297
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	297
III. Voraussetzungen	299
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	299
2. Schwere Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	300
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	301
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	301
IV. Rechtsfolgen	302
1. Primär: „Anpassung des Vertrages“	302
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	304
V. Fallgruppen	304
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	304
a) Äquivalenzstörung	304
b) Zweckstörung oder Zweckvereitelung	305
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	306
§ 38 Vertragsstrafe	307
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	307
II. Struktur des unselbstständigen („echten“) Strafversprechens	308
III. Abgrenzungen	308
1. Selbstständiges („unechtes“) Strafversprechen	308
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	309
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	309
1. Wirksames Strafversprechen	309
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	310
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	311
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	311
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	312
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	312
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	315
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	315
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	315
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	316
1. Problemstellung	316
2. Wichtiger Grund	318
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	319
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	320
5. Konkurrenzen	320
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	321
I. Allgemeines	321
1. Voraussetzungen des Rücktritts	321
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	322
3. Wirkungen des Rücktritts	322
4. Sonderregeln	323
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	323
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	323
1. Rückgewähr in natura	323
2. Wertersatz	324
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	324
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	324
c) Verschlechterung oder Untergang	324
d) Berechnung des Wertersatzes	325
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	326
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	326
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	327
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	327

III. Nutzungen und Verwendungen	329
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	329
2. Ersatz von Verwendungen	330
a) Notwendige Verwendungen	330
b) Andere Aufwendungen	330
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	331
1. Problemstellung	331
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	331
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	332
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	332
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	332
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	335
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	335
I. Grundgedanken und Systematik	335
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	337
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	338
1. Verpflichtung des Verbrauchers zur Zahlung eines Preises	338
2. Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Verbraucher	339
3. Ausnahmen und Einschränkungen	339
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	340
1. Informationspflichten des Unternehmers	340
a) Telefonische Kontaktaufnahme	340
b) Informationspflichten im stationären Handel	340
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	342
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	343
1. Überblick	343
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	344
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	344
b) Widerrufsfrist und Belehrung	345
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	346
d) Widerruf nichtiger Verträge	347
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	347
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	349
1. Verbundene Verträge	349
2. Widerrufsdurchgriff	350
a) Allgemeines	350
b) Zusammenhängende Verträge	352
3. Einwendungsdurchgriff	352
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	354
I. Überblick	354
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	354
1. Begriff der Geschäftsräume	354
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	355
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	355
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	356
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	356
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	356
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	356
4. Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	357
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	358
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	359
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	360
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	360
2. Ausübung des Widerrufsrechts	362
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	363
a) Frist zur Rückgewähr	363
b) Modalitäten der Rückabwicklung	364

c) Kosten der Rücksendung	365
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	365
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	367
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	368
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	370
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	370
VII. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	370
1. Allgemeine Pflichten des Unternehmers	370
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	371
3. Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr	372
VIII. Online-Marktplätze	373
IX. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	374
X. Verträge über digitale Produkte	374
1. Überblick	374
2. Verbraucherverträge über digitale Produkte (Anwendungsbereich)	375
3. Bereitstellung digitaler Produkte	377
a) Dogmatische Einordnung	377
b) Leistungszeit	377
c) Begriff der Bereitstellung und Zeitpunkt der Erfüllung	378
4. Rechte des Verbrauchers bei unterbliebener Bereitstellung	379
5. Haftung des Unternehmers für Produkt- und Rechtsmängel	380
8. Teil. Schadensrecht	385
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	385
I. Die Funktion des Schadensersatzes	385
II. Der Grundsatz der Totalreparation	385
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	386
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	388
I. Begriff	388
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	388
III. Positives und negatives Interesse	390
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	391
I. Grundlagen	391
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	391
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	391
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	392
1. Äquivalenztheorie	393
a) Grundsatz	393
b) Schwächen der <i>condicio sine qua non</i> -Formel	393
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	394
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	394
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	395
1. Adäquanz	395
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	395
b) Kritik	395
2. Schutzzweck der Norm	397
V. Hypothetische Kausalität	399
1. Problemstellung	399
2. Schadensanlage	399
3. Ersatzpflicht eines Dritten	400
4. Die sonstigen Fälle	400
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	401
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	402
1. Schockschäden	402
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	405
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	406
VIII. Vorteilsausgleichung	407
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	409
I. Grundsatz	409

II. Ausnahmen	410
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	410
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	410
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	410
III. Abgrenzungen	410
IV. Drittschadensliquidation	411
1. Allgemeines	411
2. Fallgruppen	412
a) Obligatorische Gefahrentlastung	412
b) Mittelbare Stellvertretung	413
c) Treuhandverhältnisse	414
d) Obhut für fremde Sachen	414
e) Vertragliche Vereinbarung	415
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	416
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	416
1. Allgemeines	416
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	416
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	418
a) Sachschäden	418
b) Körperschäden	418
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	419
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	419
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	420
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	420
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	424
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	424
I. Historische Entwicklung	424
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	425
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	425
2. Rechtsgutsverletzung	425
III. Bemessung des Schmerzensgelds	427
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	427
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	428
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	428
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	429
1. Grundlagen	429
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	429
§ 49 Grenzfälle	430
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	431
1. Problemstellung	431
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	432
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	433
4. Höhe des Anspruchs	433
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	434
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	434
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	435
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	436
V. Urlaub und Freizeit	437
1. Problemstellung	437
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	437
3. Die Regelung des § 651 n II	437
4. Nutzlos vertane Freizeit	438
VI. Kindesunterhalt als Schaden	439
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	439
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	441
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	442
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	443
I. Allgemeines	443
1. Die Grundentscheidungen des § 254	443

a) Gleichbehandlungsgrundsatz	443
b) Quotenteilungsprinzip	443
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	444
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	444
4. Anwendungsbereich des § 254	445
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	446
1. Überblick	446
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	446
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	446
b) Obliegenheitsverletzung	447
c) Verschulden	447
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	448
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	449
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	450
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	451
III. Rechtsfolgen	452
IV. Handeln auf eigene Gefahr	453
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	453
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	454
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	454
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	457
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	457
I. Zweck	457
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	457
III. Dogmatische Einordnung	458
1. Kein eigener Vertragstyp	458
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	458
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	459
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	460
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	460
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	461
a) Dogmatische Einordnung	461
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungenrechten	461
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	462
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	462
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	463
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	464
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	464
1. Anweisung	465
2. Abtretung	465
3. Stellvertretung	465
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	466
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	466
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	466
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	467
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	468
I. Überblick	468
1. Problemstellung	468
2. Arten des Gläubigerwechsels	469
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff.	469
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	469
1. Struktur der Abtretung	469
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	470
3. Abgrenzungen	471
a) Vertragsübernahme	471
b) Einziehungsermächtigung	471
III. Voraussetzungen der Abtretung	472
1. Vertrag	472

2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	473
3. Bestimmbarkeit der Forderung	474
4. Übertragbarkeit der Forderung	475
a) Allgemeines	475
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	475
c) Vertragliches Abtretungsverbot	477
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	478
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	478
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	479
3. Pflichten des Altgläubigers	479
V. Der Schutz des Schuldners	480
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	480
a) Der Anwendungsbereich des § 404	480
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	481
2. Einwendungen aus der Abtretung	482
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	482
a) Problemstellung	482
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	483
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	483
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	485
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	485
b) Mehrfache Abtretung	486
c) Abtretungsanzeige	487
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	488
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	488
1. Sicherungszession	489
2. Inkassozession	489
VII. Die Legalzession	490
§ 53 Der Austausch des Schuldners	491
I. Überblick	491
II. Die privative Schuldübernahme	491
1. Voraussetzungen	491
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	491
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	492
c) Ausschluss der Schuldübernahme	493
2. Rechtsfolgen	493
a) Wechsel des Schuldners	493
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	493
c) Einwendungen des Übernehmers	494
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	495
III. Der Schuldbeitritt	496
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	496
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	496
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	497
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	498
I. Gläubigermehrheiten	498
1. Überblick	498
2. Teilgläubigerschaft	498
a) Voraussetzungen	498
b) Rechtsfolgen	499
3. Gesamtgläubigerschaft	499
a) Voraussetzungen	499
b) Rechtsfolgen	500
4. Mitgläubigerschaft	500
II. Schuldnermehrheiten	501
1. Teilschuld	501
a) Voraussetzungen	501
b) Rechtsfolgen	502
2. Gesamtschuld	502

a) Voraussetzungen	503
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	505
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldner	507
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	508
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	511
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	513
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	513
I. Allgemeines	513
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	514
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	516
IV. Schadensersatz statt der Leistung	517
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	518
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	518
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	520
D. Rücktritt	522
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	525
Paragrafenregister	529
Sachverzeichnis	539
Entscheidungsregister	551


beck-shop.de
 DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG